

# Ferkelerzeuger brauchen faire Bedingungen

QS-Gesellschaft muss Entscheidung zur Kastration revidieren



**leitartikel**

**Steffen Bach**  
az-Redakteur

○ Für die deutschen Ferkelerzeuger wird die Luft immer dünner. Die verschärften Anforderungen an die Haltung der Sauen, die vom Bundesrat Anfang Juli beschlossen wurden, stellen viele Betriebe vor kaum lösbare Herausforderungen. Aktuell beschäftigen sich die meisten Ferkelerzeuger aber mit einem drängenderen Problem. Sie müssen sich auf die neuen Regelungen einstellen, die zum 1. Januar 2021 bei der Ferkelkastration gelten. In Deutschland sind dann nur noch drei Verfahren zugelassen: der Verzicht auf jegliche Eingriffe mit einer anschließenden Ebermast, die Immunokastration der Mastschweine mit Impropvac und die chirurgische Kastration unter einer Isofluran-Narkose.

Die spannende Frage ist nun, welche Auswirkungen die Gesetzesänderung in Deutschland auf die ausländischen Ferkelieferanten hat. Mehr als 10 Millionen Ferkel liefern jedes Jahr Betriebe dem Ausland an deutsche Mastbetriebe, vor allem aus Dänemark und den Niederlanden. Dort ist die Politik beim Thema Ferkelkastration andere Wege gegangen. In Dänemark ist eine örtliche Betäubung erlaubt, bei der ein Schmerzmittel durch eine Injektion in die Hoden injiziert wird. In den Niederlanden hat man sich für die Narkose mit Kohlendioxid entschieden. Beide Verfahren sind hierzulande nicht zulässig, weil es für sie wegen Tierschutzbedenken keine politischen Mehrheiten gibt. Dennoch versichert die QS-Gesellschaft, dass diese Ferkel auch nach dem 1. Januar 2021 weiter in Deutsch-

land mit dem QS-Zertifikat vermarktet werden können. Diese Entscheidung wurde in dem für die Schweinehaltung zuständigen Gremium, in dem alle Wertschöpfungsketten von der Landwirtschaft bis zum Lebensmitteleinzelhandel vertreten sind, einstimmig getroffen. Das mag überraschen, folgt aber der bisherigen QS-Politik, das System für ausländische Mitglieder möglichst offen zu gestalten. Deshalb wurde auch schon in der Vergangenheit darauf verzichtet, von den Tierhaltern in den Nachbarstaaten die wortgetreue Umsetzung deutscher Gesetze einzufordern. Die Kriterien wurden so gestaltet, dass eine Vergleichbarkeit der Produktion gegeben war, ohne dass weitgehend unbedeutende Detailfragen den Handel innerhalb des EU-Binnenmarkts ausbremsen.

Bei dem hochpolitischen und in der Gesellschaft stark beachteten Thema Ferkelkastration auch so vorzugehen, war ein Fehler. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Verfahren, die in Deutschland aus Gründen des Tierwohls verboten sind, nun doch bei importierten Ferkeln toleriert werden. QS kann und muss hier dringend nachbessern. Denn eine Lösung des Problems ist möglich, ohne den Marktzugang für ausländische Ferkel über Gebühr zu erschweren. Die Tiere könnten unkastriert an deutsche Mastbetriebe verkauft werden, die die Ebermast oder die Immunokastration praktizieren. Bei gut 10 Millionen Importferkeln sollten sich diese Mengen über diese beiden Absatzwege vermarkten lassen.

# „Pommeskrise“ in der Verlängerung

Politik sollte sich für fairen europäischen Wettbewerb einsetzen

**gastkommentar**



**Dr. Sebastian Schwarz,**  
Geschäftsführer  
Union der Deutschen  
Kartoffelwirtschaft (Unika)/  
Deutscher Kartoffel-  
handelsverband (DKHV)

FOTO: VERBAND

○ Kartoffeln für die Pommes-frites-Produktion sind ein wesentliches Standbein für die hiesigen Anbauer und tragen maßgeblich zur Wertschöpfung der Branche bei. Rund ein Drittel der jährlich etwa 10 Millionen Tonnen in Deutschland erzeugten Kartoffeln werden verarbeitet, ein Großteil davon wird zu den beliebten Kartoffelstäbchen veredelt. Einen massiven Umsatzeinbruch erlebten die Erzeuger und die Verarbeitungsschiene für Pommeskartoffeln durch die Corona-Pandemie.

Industrie und Handel sind ihren vertraglichen Abnahmeverpflichtungen nachgekommen, freie Ware fand jedoch keine Abnehmer mehr. Die Kartoffelwirtschaft nutzte alle Wege, um die rund 350.000 Tonnen in Deutschland erzeugten und nicht mehr nachgefragten Pommeskartoffeln einer Verwendung zuzuführen, dies ging jedoch nur in Verbindung mit Verlusten in mehrstelliger Millionenhöhe. Damit ist die „Pommeskrise“ aber noch nicht überwunden. Wichtige Nachfrageimpulse bleiben aus, Großveranstaltungen und Sportereignisse finden nicht statt. Und die neue Erntesaison hat bereits vor einigen Wochen mit den frühen Verarbeitungssorten begonnen. Für ein Umsteuern der Produktion war es im Frühjahr zu spät, die Pflanzkartoffeln für die Ernte 2020 waren bereits auf dem Acker. Zurzeit wird eine Übermenge von etwa 20 Prozent bei den Verarbeitungskartoffeln erwartet.

Die Kartoffelverbände hatten im Frühjahr eine klare Forderung zur Unterstützung an die Politik gesendet. Hierdurch wäre es möglich gewesen, mit geringem Aufwand langfristigen strukturellen Schäden beim Anbau von Verarbeitungskartoffeln entgegenzuwirken. In den Niederlanden und in Belgien wurden staatliche Förderprogramme aufgesetzt, in Frankreich werden gegenwärtig die entsprechenden Modalitäten erörtert. In Deutschland ist die „Pommeskrise“ jedoch in die Verlängerung gegangen. Umso mehr bedarf es nun endlich einer politischen Unterstützung, um wieder einen fairen europäischen Wettbewerb herzustellen.



**zitat der woche**

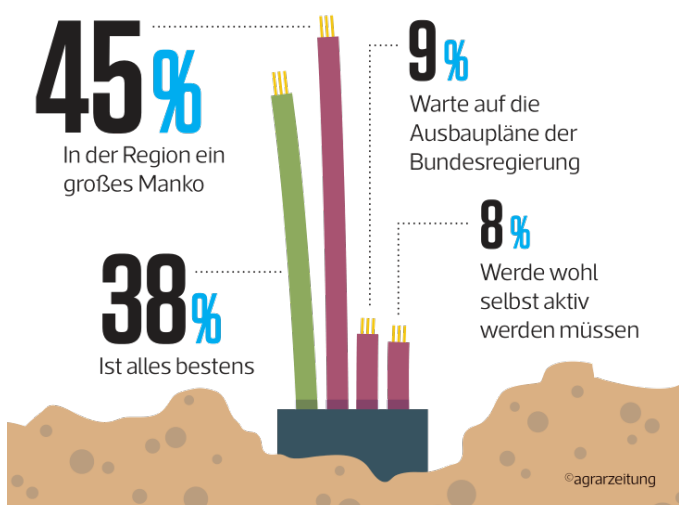
Wichtig ist, dass man am Anfang sagt, wann Schluss ist.

Bundesfinanzminister **Olaf Scholz** (SPD) lehnt die Verlängerung der Mehrwertsteuersenkung über den Jahreswechsel hinaus ab. FOTO: PARTEI

## azumfrage

### Haben Sie Zugriff auf schnelles Internet?

76 Antworten zur Umfrage diese Woche auf [agrarzeitung.de](http://agrarzeitung.de) - davon:



○ Stimmen Sie mit ab! Die nächste Frage der Woche ab heute auf [agrarzeitung.de](http://agrarzeitung.de)

## Verloren im Zahlendickicht

Statistisches Bundesamt veröffentlicht völlig veraltete Ertragschätzungen

○ Sehnsüchtig erwarten Landwirte, Händler und Verarbeiter Ernteschätzungen, die ihnen Orientierung für Einkauf und Verkauf bieten. Glücklicherweise nehmen sich Verbände dieser Aufgabe an. Denn das Zahlendickicht des Statistischen Bundesamtes bringt mehr Verwirrung als Licht ins Dunkel.

Mit Datum vom 3. August hat die Behörde zwei riesige Tabellenwerke veröffentlicht – die Bodennutzungshaupterhebung und die erste amtliche Ernteschätzung. Erhellend sind die Daten zu den Anbauflächen. In diesem Jahr weichen sie erheblich von den vorhergehenden Schätzungen ab. Weil die Getreideflächen wesentlich kleiner sind als bisher vermutet, müssen auch die deutschen Ernteschätzungen 2020 der Verbände trotz ansehnlicher Erträge weiter nach unten revidiert werden.

Hierzu verspricht man sich Aufschluss von der Ernteschätzung des Statistischen Bundesamtes. Diese Erwartung wird enttäuscht. Das umfassende Zahlenwerk ba-

siert auf den Erträgen, die im Juni geschätzt wurden, als noch ein weiterer Dürresommer zu befürchten war. Seither hat sich die Lage entspannt. Der Deutsche Raiffeisenverband erwartet mittlerweile für 2020 leicht überdurchschnittliche Weizenträge, der traditionell etwas pessimistischer eingestellte Deutsche Bauernverband geht immerhin von einem Durchschnittsergebnis aus. Dagegen steht in der neuen Ernteschätzung des Statistischen Bundesamtes ein Weizenanbau, der das fünfjährige Mittel um 5 Prozent verfehlt.

Eine Ertragsabweichung von 5 Prozent oder mehr ergibt bei der aktuellen Weizenfläche eine Mengendifferenz von mindestens 1 Mio. t. Das sind marktrelevante Größen, mit denen Ein- und Verkäufer in ihren Vermarktungsstrategien gerne frühzeitig kalkulieren würden. Schade, dass die veralteten Zahlen des Statistischen Bundesamtes eine falsche Fährte legen.



**kommentar**

**Dagmar Behme**  
az-Redakteurin

Bericht Seite 9